

**Vorgestellt**

Deutscher Verein für öffentliche und private  
Fürsorge

2

**Editorial**

3

**Thema des Monats**

Hartz IV – Weg in Arbeit oder Armut?

4

**Forum**

Respekt rockt

25

Jimbo NRW ist auf Tour

25

Erste bundesweite Zielvereinbarung  
zur Barrierefreiheit

25

Rollikids haben Spaß an Bewegung

26

**Das Porträt**

Dr. Ulrich Zingeler betreut  
ehrenamtlich Häftlinge

27

**Verbandsrundschau**

„Gipfeltreffen“ der Sozialwirtschaft

28

Aktion Deutschland Hilft mit Rekordergebnis

29

Informationen zur Tarifreform

29

Dokumentation zum persönlichen Budget

29

**Sozialpolitik**

„Zerreißprobe für unsere Gesellschaft“

30

Positionspapier zur Kindertagespflege

31

Zukunftschance Kinder

31

**Spektrum**

Immer mehr Armut – immer mehr Tafeln

32

Bundespräsident lobt vorbildliche

Arbeit mit MigrantInnen

33

Biene-Award für barrierefreie Webseiten

33

**Lesen, Hören & Surfen**

34

**Buchbesprechungen/Impressum**

35

**Was – Wann – Wo?**

36

Liebe Leserinnen und Leser,

seit fast einem halben Jahr ist Hartz IV Realität – Zeit für eine Zwischenbilanz. Würde man diese mit einem prägnanten Titel charakterisieren wollen, so wäre „Pleiten, Pech und Pannen“ angemessen. Schon im Vorfeld der Reformen wurde mit widersprüchlichen Ankündigungen gearbeitet: Viele Menschen wurden zutiefst verunsichert. Formelkompromisse und geschönte Prognosen, Zuständigkeitswirrwarr und technische Probleme haben die Umsetzung zu einem Hürdenlauf gemacht, der noch lange nicht beendet ist. Genutzt hat alles nichts. Die Lehre ist: Gesetze schaffen keine Arbeit, und fordern allein ist keine Lösung. Die Verantwortung dafür tragen die Parteien gemeinsam, denn sie haben das Hartz-IV-Paket zusammen geschnürt. Sie sind gefordert, die notwendigen Korrekturen vorzunehmen. Wie groß die Probleme für viele soziale Dienste, Initiativen und persönlich Betroffene sind, belegen die Beiträge in diesem Heft. Nicht selten geht es dabei um Fragen von existenzieller Bedeutung. Der Problemdruck ist enorm, Regierung und Opposition stehen in der Pflicht. Fest steht schon jetzt, dass es nicht um eine Rücknahme der Reformen geht. Die gravierenden Schwächen der mit heißer Nadel gestrickten Reformvorschläge müssen jedoch beseitigt werden, wenn die Bevölkerung das Vertrauen in die Kompetenz von Politik und Verwaltung nicht ganz verlieren soll. Den Bürgerinnen und Bürgern kann niemand vorwerfen, sie wären nicht reformbereit. Viele sind aber aus nachvollziehbaren Gründen verunsichert. Der vor wenigen Wochen vorgelegte 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung belegt, dass Armut und Reichtum gleichermaßen wachsen. Über drei Millionen Haushalte in diesem Land sind verschuldet, und immer mehr Familien



sind trotz Arbeit auf finanzielle Hilfe angewiesen. Kein Wunder, wenn sich die Menschen um ihre Zukunft sorgen.

Wenn vor diesem Hintergrund immer neue Steuersenkungen für Unternehmen diskutiert werden und der Export von Arbeitsplätzen steuerlich begünstigt wird, dann ist das niemandem mehr zu vermitteln. Wenn das kritisiert wird und dabei einzelne transnational spekulierende Unternehmen mit Heuschrecken verglichen werden, kann man über die Wortwahl streiten, nicht aber über den Kern der Kritik. Die Debatte um die soziale Gestaltung unseres Gemeinwesens, über die soziale Verantwortung von Unternehmen und über die Handlungsmöglichkeiten nationaler Politik in grenzenlosen Wirtschaftsräumen muss geführt werden.

Die Bürgerinnen und Bürger werden noch im Herbst die Gelegenheit haben, ihrer Meinung dazu bei einer Bundestagswahl Ausdruck zu verleihen. Der beste Wahlkampf wäre für alle Parteien, wenn sie sich ihrer Verantwortung stellen und die erforderlichen Nachbesserungen gemeinsam umsetzen würden. Wir werden sie daran erinnern!

Herzlich Ihre

*B. Ueberfeldt*

Barbara Stolterfoht  
Vorsitzende des Paritätischen  
Gesamtverbandes